

# SPD fordert Kameras an Wertstoffinseln

Ortsratsfraktion will Abfallsündern mit rigiden Mitteln auf die Spur kommen – CDU sieht Vorhaben kritisch

VON DANIEL JUNKER

**RETHEN.** Das Problem ist altbekannt: An vielen Sammelstellen für Wertstoffe wird häufig auch Restmüll illegal entsorgt. Besonders davon betroffen ist die Wertstoffinsel an der Straße Zur Sehlwiese. Die Rethener SPD will den Abfallsündern jetzt auf die Spur kommen – und bringt dafür auch rigide Mittel ins Gespräch.

„Man könnte die Wertstoffinsel mit Videokameras überwachen oder einen Detektiv beauftragen“, schlug Rita Heitsch am Dienstagabend im Ortsrat Rethen vor. Die SPD brachte in der Sitzung eine entsprechende Anfrage ein. Dem-

nach soll die Stadt prüfen, ob eine solche Überwachung sinnvoll, zulässig und finanzierbar wäre.

Die CDU steht dem Vorschlag äußerst kritisch gegenüber. „Ich halte das datenschutzrechtlich für sehr bedenklich“, sagte Peter Friedsch, und Elke Heinrich ergänzte: „Dann würde man auch den öffentlichen Gehweg mit überwachen. Das betreffe dann auch Leute, die die Container gar nicht

nutzen.“ Zwar sei die Müllentsorgung auch der CDU ein Dorn im Auge, derartige Mittel will die Ortsratsfraktion allerdings nicht unterstützen. Friedsch kann sich allerdings vorstellen, die Wertstoffinsel in der Nacht auszuleuchten. Abfallsünder würden ihren Müll meist im Schutze der Dunkelheit entsorgen. Klaus Gervais (Grüne) hält beide Lösungen für vorstellbar. Eine Videokamera könne schließlich auch abgebaut

werden, wenn sie nicht mehr benötigt wird. „Hauptsache, der Müll wird dort nicht mehr entsorgt.“

Die Reinigung der Wertstoffinseln übernimmt die Abfallwirtschaft Region Hannover (aha). „Wir bezahlen das also mit unseren Abfallgebühren, wenn da ein Schmutzfrink seinen Müll entsorgt“, gab Heitsch zu bedenken. Nach Ansicht der SPD können ein Detektiv oder eine Kameraüberwachung sogar kostengünstiger sein, als den Müll immer wieder zu entsorgen und den Platz reinigen zu lassen.

Nach Einschätzung der Stadtverwaltung ist eine Videoüberwachung nur „unter sehr engen Vo-

raussetzungen“ zulässig. Aufzeichnungen seien sogar verboten, eine Simultanüberwachung dementsprechend sehr teuer. Dennoch würden die Kosten von der Stadt und aha geprüft.

Die Verwaltung stehe mit aha in Kontakt, um den Zustand der Wertstoffinseln zu verbessern, teilte Stadtsprecher Matthias Brinkmann mit. Die Verwaltung will zum Beispiel erreichen, dass aha Piktogramme und mehrsprachige Hinweise zur korrekten Müllentsorgung an den Wertstoffinseln anbringt. Zudem würde illegal entsorgter Müll untersucht, um den Verursachern auf die Spur zu kommen.



Fenster schließen

Ausschnitt drucken